Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 12

Artikel: Geostrategische Lage 1996

Autor: Stahel, Albert A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-64428

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Albert A. Stahel

Geostrategische Lage 1996

Auch nach dem Zerfall der UdSSR wird die Machtpolitik auf dieser Welt durch Armeen und deren Arsenale bestimmt. Beinahe richtungsweisend hierfür sind die USA. Die Aktionen der letzten Supermacht sind auf diejenigen Regionen gerichtet, die zu ihrem Interessenbereich gehören. Diese Interessen sind primär wirtschaftlicher Art. Dazu gehören der Persische Golf und Nordostasien.

Führungsmacht USA

Die Verwirklichung der wirtschaftlichen und politischen Interessen kann aber die amerikanische Führung nur mit ihren Streitkräften durchsetzen, so insbesondere mit den See- und Luftstreitkräften. Die Luftangriffe auf den Irak und die militärische Niederlage Saddam Husseins bilden für jeden Potentaten auf dieser Welt ein abschreckendes Beispiel.

Dass die USA die Führungsmacht auf dieser Welt sind, haben sie im Krieg um Bosnien-Herzegowina wieder bewiesen.

Interne russische Schwierigkeiten

Russland als Rest der untergegangenen Supermacht Sowjetunion kämpft gegen interne Schwierigkeiten. Dazu sind die Mafia, die Korrumpierung politischer und militärischer Führer wie auch des Beamtenapparates, die Inflation, die Instabilität der Armee und das Abgleiten ganzer Bevölkerungsschichten in die Armut zu rechnen. Ein soziales Netz existiert nicht mehr, und ein brutales Manchestertum hat um sich gegriffen. Es gilt nur noch das Recht des Stärkeren und des Mächtigen.

In Russland ist vielfach die Rede von der Zeit der Wirren (die Smuta). Dabei wird eine Parallele zur Epoche nach dem Tod von Zar Boris Feodorowic Gudonow hergestellt (1604–1612). Wie damals könnte Russland ins Chaos stürzen und – wie die Nationalisten und Kommunisten in der Duma predigen – durch die USA satellisiert und zu einem billigen Rohstofflieferant degradiert werden. Ein anderer Weg wäre die Wahl eines «guten» Zaren, der als absoluter Herrscher wieder Recht und Ordnung im Reich herstellen würde.

Niemand kennt die weitere Entwicklung Russlands. Die Nachbarstaaten Russlands sind auf der Hut und möchten deshalb unter den Schutz der NATO und der USA gestellt werden. Mit der Wahl des kranken Machthabers Jelzin ist die Beantwortung der Frage nach der Zukunft Russlands nur verschoben worden. Was die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschetschenen betrifft, so hat die russische Führung vermutlich von den USA grünes Licht für das militärische Vorgehen erhalten. Die Administration Clinton erwähnt immer wieder als Vorbild den Krieg der Union gegen die Sezession des Südens. Die russische Führung muss aber die Reaktionen der Weltöffentlichkeit beachten und das Kriegstheater politisch und medienmässig soweit als möglich abschirmen.

Regionale Grossmacht China

Eine Macht, die sehr genau die weitere Entwicklung Russlands, aber auch die Machtpolitik der USA verfolgt, ist die regionale Grossmacht China. Selbst mit ernsthaften internen Problemen konfrontiert – die Nachfolge von Deng, die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen, eine zu grosse Bevölkerung – versucht China aussenpolitische Ambitionen durchzusetzen.

Nach der Eingliederung von Hongkong soll das Taiwan-«Problem» gelöst werden. Bei der Taiwanfrage stehen die Chinesen in direkter Konfrontation mit den USA, die nicht bereit sind, dieses Sprungbrett nach Asien aufzugeben. Dass die USA trotz einem zögernden Präsidenten gerade dort, wo ihre Interessen auf dem Spiel stehen, handlungsfähig sind, haben sie 1996 durch die Abschreckung der chinesischen Ambitionen mit ihrer Seemacht bewiesen.

Ein weiteres Problem, das schwer auf China lastet, ist Tibet. Nach dem Ende des kalten Krieges besteht die Rücksichtnahme auf China nicht mehr. In den westlichen Parlamenten wird immer heftiger auf die Einhaltung der Menschenrechte in Tibet gepocht. Sehr bald konnte auch die Forderung nach dem Ende der «illegitimen Besetzung» Tibets durch China gestellt werden.

In seiner Nachbarschaft ist China mit Staaten wie Indien und Vietnam konfrontiert, die eine chinesische Vorherrschaft in Asien ablehnen.

Kommende Grossmacht Europa

Europa wurde während Jahren als kommende Grossmacht apostrophiert. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahren dürfte dies als Wunschtraum deklassiert haben.

Durch ihre Sozialpolitik und teilweise auch durch eine subventionierte Landwirtschaft und Industrie behindert, begehen die Staaten der Europäischen Union die gleichen Fehler wie früher der Ostblock. Vor allem die reichen europäischen Staaten sind im Würgegriff der EU-Bürokratie. Bereits heute ist die Wirtschaftslokomotive der EU – Deutschland – durch Abgaben belastet. Deutschland hat auch die Führung in der Hochtechnologie verloren.

Die USA selbst haben kein Interesse an einer unabhängigen Grossmacht Europa. Wie der Krieg in Bosnien-Herzegowina gezeigt hat, ist eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik der EU, die in der Lage wäre, rasch und wirksam einen Brandherd an der Flanke zu löschen, inexistent.

Diese Unfähigkeit ist kein gutes Omen für die Lösung der strategischen Probleme Osteuropas und des Baltikums. Beinahe ähnlich inaktiv wirkt die EU gegenüber den Konflikten im Mittelmeer und im Mittleren Osten, obwohl diese Regionen als europäische Interessenzonen bezeichnet werden.

Der EU fehlt als Grundlage für eine eigenständige Machtpolitik das militärische Instrument. Beinahe alle europäischen Staaten taumeln zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einen regelrechten Abrüstungsrausch hinein. Die Militärausgaben dienen den Finanzministern als Notgroschen gegenüber der Belastung ihrer Haushalte durch die Sozialpolitik.

Ausserdem ...

Die Sicherheit der zweiten grössten Wirtschaftsmacht der Welt – Japan – ist immer noch vom Goodwill der USA abhängig. Die japanische Wirtschaft wird heute durch Strukturprobleme,

aber auch durch die Schwerfälligkeit der eigenen Gesellschaft behindert. Weder China noch die USA oder die anderen Staaten Asiens haben ein Interesse an einer strategisch selbständig agierenden Grossmacht Japan.

Während Schwarzafrika durch ethnische Konflikte und Seuchen zerstört wird, werden verschiedene lateinamerikanische Regierungen durch Drogenbosse eingeschüchtert. Gleichzeitig verlangen die USA von diesen Staaten eine wirksame Bekämpfung des Drogenhandels.

Zwischenetappe im Kampf um die Weltherrschaft

Die gegenwärtige geostrategische Lage könnte als eine Zwischenetappe im Kampf um die Herrschaft über die Welt bezeichnet werden. Die Voraussetzung und der Motor für die Machtpolitik ist die Erlangung der wirtschaftlichen Dominanz.

In diesem Machtkampf sind alle Mittel erlaubt. Dabei wird die Schwächung des Widersachers von innen her angestrebt. Dazu gehören auch kleine Kriege – solange sie nicht ausser Kontrolle geraten. Die militärische Konfrontation ist durch die politische und wirtschaftliche Konfrontation abgelöst worden, wobei die militärischen Mittel nach wie vor die Grundlage der Machtpolitik sind.

Nur mit Nuklearwaffen und gewaltigen konventionellen Mitteln können andere Staaten eingeschüchtert werden. Hier verfügen die USA heute über die absolute Überlegenheit. Es ist daher durchaus denkbar, dass sie den Machtkampf gegen die übriggebliebenen Akteure entscheiden werden. Dieses Machtkalkül wird allerdings nur unter einer Voraussetzung erfolgreich entschieden werden können: die Beendigung der Umweltzerstörung. ■

Peter Regli

Unser Nachrichtendienst an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert

Jeder Leser und jede Leserin dieses Artikels haben zweifellos bereits selber erkannt, wie dramatisch sich die sicherheitspolitische Lage Europas in den vergangenen sieben Jahren verändert hat. Dass diese Tatsache ebenfalls einen grossen Einfluss auf die Arbeit der Nachrichtendienste gehabt hat, wissen auch unsere Nachrichtenoffiziere – zum Teil aus eigener Erfahrung – sehr gut.

Die veränderte sicherheitspolitische Lage

Die Lage in Europa hat sich von einer bipolaren in eine multipolare Dimension gewandelt. Es sind Risiken und Gefahren aufgetreten oder haben sich verstärkt bemerkbar gemacht, die wir vor 1989/90 noch nicht in diesem Ausmass wahrgenommen hatten. Die Arbeit der Nachrichtendienste hat sich von der schwergewichtig militärischen auf eine wirtschaftlich-politisch-technologisch-ethnische Ebene verlagert. Militärische Potentiale und Mittel spielen dabei nach wie vor eine Rolle, aber mit geringerer Gewichtung als während des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation.

Neue, nichtmilitärische Risiken und Gefahren tangieren unsere westlichen Demokratien. Sie können einzeln oder im Verbund zur Gefährdung unseres Staatsgefüges und zur Bedrohung der inneren Ruhe und Ordnung führen. Vereinzelte Beispiele – obschon glücklicherweise erst in reduziertem Ausmass – konnten wir in der Zwischenzeit bereits erleben. Die Entwicklung der Gesamtlage kann weniger einfach als früher vorausgesagt werden. Die umfassende Analyse ist schwieriger geworden. Ungewissheit herrscht. Wir befinden uns sicherheitspolitisch inzwischen in der Lage einer «bedrohten Stabilität».

Der Auftrag an die Nachrichtendienste

Aufgrund dieser veränderten Lage wurden auch die Aufträge an die Nachrichtendienste angepasst. Nach wie vor gilt: der Nachrichtendienst ist die erste Verteidigungslinie einer jeden Regierung und deren Streitkräfteführung. Wenn die Dienste die Anzeichen einer aufkommenden Bedrohung, das Entstehen von Risiken und Gefahren, nicht rechtzeitig erkennen und bewerten, sind die Exekutiven und deren Generalstäbe zum Reagieren anstatt zum Agieren verurteilt. Dies wären grundsätzlich schlechte Voraussetzungen für die Wahrnehmung einer aktiven, vorausschauenden Regierungstätigkeit.

Der heute gültige Auftrag des schweizerischen Nachrichtendienstes wurde in meinem Artikel der ASMZ vom September 1996 auf den Seiten 12 und 13 ausführlich dargestellt. Ich will den Leserinnen und Lesern dieser Nummer keine Wiederholung zumuten.

Wir können davon ausgehen, dass der Auftrag an den strategischen Nachrichtendienst (zugunsten der politischen und militärischen Führung unseres Landes) bis zur Jahrhundertwende grundsätzlich unverändert bleiben wird. Die praktische Umsetzung verlangt im einzelnen jedoch neue Schwergewichtssetzungen, zusätzliche Mittel sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit neuen, ergänzenden Ausbildungen.

Neue Herausforderungen

Bei den neuen Herausforderungen geht es u.a. auch darum:

- die enorme Bedeutung der weltweiten Informationsrevolution wahrzunehmen und die diesbezügliche Herausforderung zu meistern. Stichworte sind hier: Informationsüberfluss, Informationskriegsführung, Informationsdominanz, Informationssicherheit, Desinformation, Nachrichtenverbund, usw.,
- die steigende Bedrohung des demokratischen Rechtsstaates und des Finanzplatzes Schweiz durch die organisierte Kriminalität zu erfassen, zu kommunizieren und auch zu bekämpfen.